Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 48

Artikel: Die Planwirtschaft steht zur Diskussion (II) : Hauptpunkte der Erneuerung

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076827

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Stellung Mihailowitschs

als Kämpfer gegen die Besatzungsmacht steht ausser Zweifel. Welches war seine Stellung im gleichzeitigen Bürgerkrieg zwischen Jugoslawen? Zunächst sei festgehalten, dass seine Armee regulären Charakter hatte. Sie entstand aus einer Heereseinheit, welche die Kapitulation vor den Deutschen nicht anerkannte. Sie wurde von der Londoner Exilregierung als «jugoslawische Armee in der Heimat» bezeichnet. Sie hatte also ihre legale Grundlage. Mihailowitsch figurierte nicht nur als Oberkommandierender, sondern auch als Kriegsminister der verfassungsmässigen Regierung (eine neue Lage entstand erst im Herbst 1944, als ihn die Tito-Subasitsch-Regierung im Herbst 1944 dieser Funktion entband). Er führte den Kampf gegen die Deutschen für sein Land, das jugoslawische Königreich, und seine Gesetze.

Die kommunistische Partei begann nach dem 22. Juni 1941, als Hitler die Sowjetunion überfiel, im allgemein sich abzeichnenden Aufstand ihre eigene Widerstandsbewegung zu bilden. Sie führte den Kampf gegen die Deutschen für die kommunistischen Ziele, die den Sturz der alten Ordnung mit einschlossen. Die Partisanenarmee Titos war eine KP-Organisation, die ausserhalb der Legalität stand. Die KP war im Jugoslawischen Königreich seit 1921 verboten. Mihailowitsch konnte sie also im Namen eines Gesetzes bekämpfen, welches nie ausser Kraft gesetzt worden war.

An Bestrebungen, des gemeinsamen Gegners wegen trotzdem eine gemeinsame Front zu bilden, fehlte es von seiten Mihailowitschs nicht. Aber die Ansätze zur Zusammenarbeit im Herbst 1941 brachen bald auseinander, und es entstand ein Bürgerkrieg, der bis 1946 andauerte.

Die Linie Mihailowitschs zeigte sich noch einmal im Januar 1944, als er zusammen mit Vertretern der politischen Parteien, Kultur- und Sportorganisationen einen Kongress im westserbischen Dorf Ba abhielt. Die dort gefasste Resolution betonte als Ziel und Programm des Kampfes u. a. die föderative, parlamentarische und demokratische Staatsordnung der konstitutionellen Monarchie, die Durchführung eingehender wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Reformen, die politischen Freiheitsrechte der Bürger, die Abhaltung von freien und geheimen Wahlen auf dem ganzen jugoslawischen Territorium.

Die Resolution des Kongresses enthielt auch die Aufforderung an die KP, den Bürgerkrieg einzustellen. Die «Demokratische Volksgemeinschaft Jugoslawiens», die an diesem Kongress gegründet wurde, sah vor, die Widerstandsbewegungen Mihailowitschs und Titos einem gemeinsamen Oberkommando zu unterstellen, das von den Alliierten kontrolliert würde. Auch wären die Massnahmen zu ergreifen, um nach der Befreiung des Landes die demokratischen Rechte des Volkes zu garantieren.

Tito wollte von dem nichts wissen, kannte er doch nur ein Ziel: die kommunistische Machtergreifung. Er wollte also den Bürgerkrieg. Mihailowitschs grundsätzliche Stellung in diesem war durch die titoistische Bestrebung gegeben, die nationalsozialistische Okkupation durch eine kommunistische abzulösen.

Predislav Kuburowitsch

Die Planwirtschaft steht zur Diskussion (II)

Hauptpunkte der Erneuerung

Die Reformtendenzen der sowjetischen Wirtschaftsplanung haben letzte Woche bei der Plenarversammlung des KPdSU-Zentralkomitees eine überraschend klare Bestätigung gefunden. Chruschtschew hat sich wesentliche Punkte der jüngsten Reformvorschläge zu eigen gemacht, die Rentabilität als Hauptpunkt der Betriebsführung bezeichnet und den Unternehmen grössere Freiheit zur Erreichung ihrer Ziele zugesichert und sogar bis zu einem gewissen Grade zur Verwendung ihres Gewinns. Damit wird statt der bis ins letzte Detail durchgehenden Zentralplanung abgerückt und ein kapitalistisches Profitdenken zur Maxime erhoben (was natürlich die Parteidialektik leugnet: «Der Gewinn ist im kapitalistischen System Selbstzweck, bei uns dient er als materieller Anreiz dem Gesamtwohl»). Gleichzeitig sind organisatorische Aenderungen eingetreten: Die Volkswirtschaftsräte werden zusammengefasst, neue Behörden wurden geschaffen, so ein koordiniertes Kontrollkomitee von Staat und Partei, Büros für Landwirtschaft und Industrie wurden errichtet. Auch hat Chruschtschew Partei-Reorganisationen angeordnet und vom ZK annehmen lassen, die eigentlich nur in der Kompetenz des Parteikongresses liegen würden. Zahlreiche personelle Wechsel betonen die Wichtigkeit der Reorganisation, die jetzt angelaufen ist.

Die Beschlüsse des ZK der KPdSU verwirklichen zwar noch nicht alle Diskussionsanregungen der neuen Tendenz, missbilligen aber kaum einen der dabei gefallenen Vorschläge und nehmen ausdrücklich Bezug auf die Beiträge, die hierüber in der «Prawda», der «Iswestija» und des Wirtschaftsorgans «Ekonomitscheskaja Gasjeta» erschienen sind. Uebrigens bestätigt sich damit die Tatsache, dass die Diskussion trotz ihres halbwegs rebellischen Anstrichs von der Partei gewollt, ja inspiriert wurde.

Seit der letzten ZK-Sitzung haben nun die Thesen von Professor Liebermann, die das Leitmotiv der empfohlenen Reorganisation bilden, ein neues Gewicht bekommen, dasjenige eines generellen Programms, das heute recht weitgehend als verbindlicher Parteiwille erkannt wird. Folgende Hauptpunkte lassen sich aus Liebermanns (parteiinspirierten) Darlegungen herauskristallisieren.

Liebermann schlägt vor:

1. Den Betrieben muss grössere Freiheit und Bewegungsmöglichkeit in der Planung zugestanden werden.

Die zentrale Planung hat sich auf den gesamten Produktionsumfang in der «Nomenklatur» (das heisst die Assortimente) und die Lieferungstermine zu beschränken. Alle übrigen «Indexziffern» (darunter werden alle qualitativ und quantitativ definierten Produktionsaufgaben verstanden) haben nur noch den Volkswirtschaftsräten (siehe letzte Nummer) vorgelegt zu werden. Den Detailplan müssen die Unternehmungen selbst zusammenstellen, namentlich was Kostenverminderung, Produktivitätserhöhung, Beschäftigtenzahl, Arbeitslohn und neue technische Methoden betrifft. Die Einführung dieses Systems scheiterte bisher daran, dass die Planprojekte der Betriebe unter den tatsächlichen Möglichkeiten (Produktionskapazität) liegen, was die leichte Planerfüllung ermöglichen soll.

2. Ein einheitlicher Prämienfonds muss errichtet werden, der nicht von der blossen Produktion, sondern von der Betriebsrentabilität abhängig ist.

So sollen die Betriebe an der vollständigen Ausnützung ihrer Reserven moralisch und materiell interessiert werden, und zwar nicht nur zur blossen Planerfüllung, sondern schon bei der Zusammenstellung der Pläne.

3. In den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit der einzelnen Unternehmen hat nicht die Planerfüllung zu stehen, sondern der Gewinn.

Diese kapitalistisch anmutende Forderung wurde von Liebermann ausführlich begründet. So stellte er auf Grund einer Prüfung von 24 Betrieben der Maschinenindustrie eine Rentabilitätstabelle zusammen, die im Prinzip auf diese ganze Branche anwendbar wäre. Der Grundgedanke «Je grösser die Rentabilität, desto grösser die Prämie» wird ergänzt durch die Forderung, dass die Einnahmen des Staates schneller anwachsen als diejenigen der Unternehmen (bei einer Erhöhung der Rentabilität um das Zwölffache würde sich die Prämie für das Unternehmen nur auf das Zweieinhalbfache steigern). Der Produzent wäre also daran interessiert, dem Staat einen noch grösseren Gewinn zuzuschaufeln. Dass die Betriebe im Gegensatz zur bisherigen Praxis vor allem an einer ehrgeizigen Planaufstellung interessiert werden, soll folgendes System bewirken: Wurde

«Am 5. November sammelten sich auf dem Moskauer zentralen Güterbahnhof 1624 Waggons Gemüse und Kartoffeln, die nicht ausgeladen wurden. Am 9. November waren es schon 3544 Waggons, darunter 2869 Waggons mit Kartoffeln. Jetzt (11. November) hat sich schon eine Schlange nicht ausgeladener Waggons gebildet, die bis nach Paweltz reicht, also 254 (!) km lang ist. Verstopfungen der Moskauer Knotenpunkte hat es früher schon gegeben, den Umfang des jetzigen Jahres hat es aber nie gegeben.»

(«Iswestija», 11. November 1962)

*

«Im Bezirk Winitzka sind 122 000 t Zuckerrüben noch nicht eingebracht. Im Bezirk Odessa müssen 248 000 ha Ackerland umgepflügt werden, bisher sind es aber nur 35 000 ha, trotzdem wir schon lange keinen so schönen Herbst hatten wie in diesem Jahr.»

(«Urkaini Prawda», 15 November 1962)

der Plan nicht erfüllt, erhält der Betrieb trotzdem seine Prämie entsprechend der Rentabilität. War aber der Plan zu niedrig angesetzt, so kommt das Unternehmen zu kurz, da die Prämie zwar nach der gleichen Skala, aber unter Berücksichtigung von mittleren Werten zwischen der geplanten und der erzielten Rentabilität ausbezahlt werden. (Plant ein Betrieb eine 10prozentige Rentabilität, erzielt aber eine 15prozentige, so wird er auf Grund einer 12,5-prozentigen belohnt.) So soll der Anreiz sowohl für hohe Planung als auch für Ueberproduktion gewährleistet werden.

4. Die Befreiung der Unternehmen von der kleinlichen Bevormundung der Planungsorgane steht eine Ausweitung der zentralistischen Planungsstruktur gegenüber.

Die zentralen Organe müssten der Initiative auf den untersten Stufen vermehrte Impulse geben und diese auch vermehrt koordinieren. Die Grundfragen werden zentral gelöst, ihre Detailprobleme «operativ» und dezentralisiert. Die Wirtschaftsplanung muss unter Ausschaltung von rein regionalen Zwischenstufen nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten vermehrt zusammengelegt werden. (Beispielsweise wäre für bestimmte Produktionskontrollen nicht mehr ein Kreiskomitee zuständig, sondern eine verschiedene Kreise umfassende Industriekommission.)

5. Die Rechte der Betriebe sind auch bei der Anwendung der Betriebsfonds (die aus den Gewinnabzügen entstehen) zu erweitern.

Insbesondere wäre das Unternehmen frei, darüber zu entscheiden, was für einen Anteil es an Einzelpersonen ausschütten will, und was für einen Anteil an Kollektivzwecke (Wohnungs- und Schulbauten usw.). Dies dient ebenfalls der «materiellen Interessiertheit» der Betriebe.

6. Die Preisgestaltung muss elastischer werden.

Vor allem muss sie der Produktionsaufnahme von neuen Erzeugnissen Rechnung tragen, das heisst diese stimulieren. Bisher war die Erzeugung von Prototypen vor allem nachteilig. Planaufgaben blieben zurück, ebenso darnach Löhne und Prämien. Neue Erzeugnisse wurden deshalb nur auf ausdrücklichen Befehl in Angriff genommen, ohne dass der Betrieb selbst daran ein Interesse hatte. Liebermann sieht hier eine Skala von Zuschüssen oder Erleichterungen vor. Auch wären die Preise von neuen Produkten so zu regeln, dass sie die zusätzlichen Aufwendungen decken könnten.

Chruschtschew ordnet an

Chruschtschews «Vorschläge», die vom Zentralkomitee selbstverständlich angenommen wurden, entsprachen durchaus dem Geiste, der die vorangegangene Fachdiskussion belebt hatte. Insbesondere berührte der Parteichef folgende Punkte:

1. Es sind neue Indexziffern auszuarbeiten, das heisst neue Produktionsnormen für die verschiedenen Erzeugnisse. Hier meint Chruschtschew vor allem, dass man vom quantitativen Denken auf qualitatives umschalten muss, von der Betonung der Menge auf Betonung des Wertes.

Der Parteichef nannte Beispiele: «Die Zementproduktion wird in Tonnen gerechnet, obwohl jedermann weiss, dass die Zementsorten verschieden sind und dementsprechend die Produktionskosten variieren.» Das gleiche gilt etwa für Eisenbeton (Planberechnung und Preisgestaltung bisher nach Kubikmetern) oder Hüttenprodukte. Das neue Indexsystem soll hier alle diese Aspekte berücksichtigen und eine gerechtere Prämiengrundlage schaffen, die ihrerseits auch den Anreiz zur Qualitätsproduktion gibt. Die neuen Wertskalen werden vorerst experimentell in einigen ausgewählten Betrieben eingeführt, bis sie der effektiven Lage der Wirtschaft entsprechen. (Im freien Wirtschaftssystem sorgt der Wettbewerb der Produzenten dafür.)

2. Die Frage des Profits muss neu geprüft werden.

Chruschtschew beruft sich hier auf «einige Wirtschaftsexperten» und bietet im übrigen seine ganze Dialektik auf, um nachzuweisen, dass der Gewinn im kommunistischen System nicht das gleiche sei wie im kapitalistischen. «Im sozialistischen System darf der Gewinn des einzelnen Betriebes mit dem Gewinn der Volkswirtschaft gleichgestellt werden.» Immerhin: «Was die einzelnen Betriebe angeht, hat der Gewinn eine wichtige Bedeutung, weil er die Effektivität der Produktionstätigkeit aufzeigt. Ohne den Gewinn registriert zu haben, ist es unmöglich festzustellen, wie der Betrieb arbeitet.»

3. Die Scheinautonomie der Unionsrepubliken bei der Planung führte zu einer Doppelläufigkeit mit den Aufgaben der zentralen Planungsbehörden. Hier soll die Arbeitsteilung durchgeführt werden.

Perspektivpläne und Richtlinien würden bei der Union ausgearbeitet, die Verwirklichung werde in die Zuständigkeit der Unionsrepubliken gewiesen. Der zentrale Apparat werde kleiner, seine Führung aber bestimmter werden.

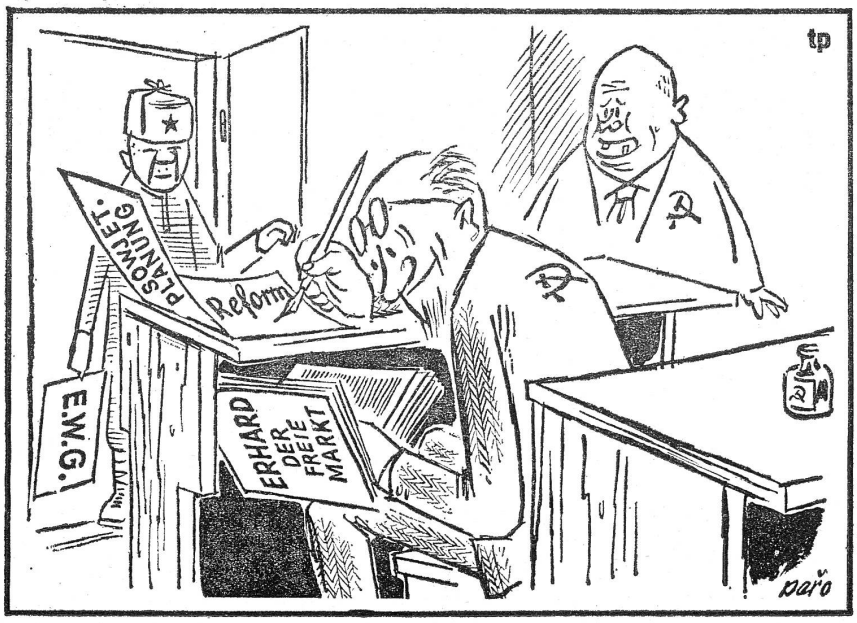
4. Auch in der Kompetenzabgrenzung der zentralen Organe (siehe letzte Nummer) müsse praktische Klarheit herrschen. Demgemäss findet eine Neuordnung der zentralen Planungsstellen statt:

Die Planungskommission der Regierung (bisher für Jahrespläne zuständig) übernimmt die bisherigen Aufgaben des Wirtschaftssowjets (Perspektivplanung). Die laufenden Fragen sind jetzt vom Volkswirtschaftsrat (Wirtschaftsbehörde) der Union zu behandeln, und lediglich «Fragen ausserhalb des bestätigten Plans und Budgets» sind der Unionsregierung zu unterbreiten.

5. In den einzelnen Betrieben sollen sogenannte Produktionskomitees gebildet werden, die im beratenden Sinne die Direktion unterstützen sollen. Diese von Gewerkschaften gebildeten Komitees würden sich dabei mit Fragen von Personalpolitik, Arbeitsnormierung und Planerfüllungskontrolle befassen, alles mit dem Zweck, die Produktivität zu heben.

Die Komitees werden zunächst versuchsweise eingeführt. Bewähren sie sich, so werden sie fester Bestandteil der Betriebsorganisation. Von ihnen erhofft sich Chruschtschew eine erhöhte Produktivität durch die aktive (wenn auch nur beratende und nicht verantwortliche) Mitwirkung der Arbeiterschaft durch ihre Vertreter.

Der Kaderfluktuation will Chruschtschew durch materielle Belohnung für längeres Verharren am gleichen Arbeitsplatz entgegenwirken, ferner durch erhöhten Wohnungsbau, wo man bleibende Arbeitskräfte bitter nötig hat, das heisst vor allem in Sibirien und im Ferner Osten. (Gegenwärtiger Zustand: immer wieder verlängertes



Die sowjetischen Wirtschaftsexperten schreiben vom Bonner Wirtschaftsminister und seiner EWG-Konzeption ab. Die Karikatur bringt das neue Element der kommunistischen Planungs- und Wirtschaftsreform zum Ausdruck, die zum Teil tatsächlich eine Neuorientierung mit freiwirtschaftlichen Tendenzen darstellt. Falsch wäre allerdings die Auffassung, dass die Partei von den Oekonomen und Theoretikern des Landes überrascht worden wäre. Sie hat vielmehr die ganze Bewegung inspiriert, wie denn überhaupt der Aera Chruschtschew die Experimentierfreudigkeit nicht abgestritten werden kann. Die Schnelligkeit, mit welcher das Zentralkomitee der KPdSU unter Führung Chruschtschews den Thesen der Neuerer mit Beschlüssen entgegen kam, bestätigt diese Sachlage durchaus.

«Provisorium» von Hütten und Baracken, die sich um herrschaftliche «Klubs» oder «Kulturheime» gruppieren.)

6. Die Industrieverwaltung wird rezentralisiert (nachdem erst vor fünf Jahren dezentralisiert wurde) und verstärkt branchenmässig (statt nur geographisch) zusammengefasst.

Dabei wird vorerst in der RSFSR und in der Ukraine die Anzahl der Volkswirtschaftsräte (von 67 auf 22 bis 24, respektive von 14 auf 7) reduziert. Die Aufteilung der Sowjetunion in Wirtschaftsgebiete und Wirtschaftsbezirke mit ihren Volkswirtschaftsräten ist in der Aera Chruschtschew nie lange die gleiche geblieben. Den Volkswirtschaftsräten untersteht ein Grossteil der Industrie.

Jedenfalls geht Chruschtschew in dieser Beziehung den Weg zurück zur Zentralisierung, die überhaupt als Ausgleichselement für die grössere Freiheit auf Produzentenstufe verstanden wird.

(Fortsetzung folgt)

Satire

Ungarn

Genosse Baron ist glücklich

Kadars neue Linie, auch mit den ehemaligen Klassenfeinden zusammenzuarbeiten, sofern sie das «sozialistische» System billigen, wurde nicht nur am Parteikongress behandelt, sondern auch in der Oeffentlichkeit diskutiert. Die satirische Zeitschrift «Ludas Matyi» (Budapest) tat dies auf ihre Weise mit einem fiktiven Interview:

«Im Auftrag unserer Zeitung ‚Nachrichtenposaune' suchte ich im 5. Lager der BAMEXBUMFERT den Genossen Edmund Graf von Löczey auf, um zu erfahren, wie er sich in die volksdemokratischen Verhältnisse eingelebt hat.

‚Schauen Sie mich an', sagte der Graf. ‚Sehen Sie nichts Merkwürdiges an mir?'

‚Tatsächlich!' erwiderte ich. ‚Ihre Augen strahlen auffallend. So etwas habe ich noch nie gesehen!'

‚Das ist die Zufriedenheit, die aus meinen Augen strahlt. Abends ersparen wir uns dadurch den Strom. Meine Frau und ich lesen bei diesen Strahlen.'

‚Sehr praktisch. Und nun, haben Sie irgendwelche Beschwerden?'

‚Beschwerden? Sagen Sie, das Wort habe ich doch schon einmal gehört. Ach so. — Nein, Beschwerden habe ich nicht. Seit dem ich diese Portierstellung im Lager bekleide, bin ich der zufriedenste Mann von Eurasien. Ich sage nicht ‚der zufriedenste Mann der Welt', weil ich für Akkuranz bin und hochtönende Phrasen nicht leiden mag.'

‚Und kommen Sie mit Ihrem Lohn gut aus?'

‚Prächtig! Mein Lohn ist ja auch bestechend. (Er schnalzte mit der Zunge). Einfach bestechend.'

‚Arbeitet auch Ihre Frau?'

‚Aber gewiss. Leona hat nie Angst gehabt vor der Arbeit; sie war immer eine einfache Baronin, müssen Sie wissen. Und jetzt in der Volksdemokratie ist sie glücklich, so glücklich, dass sie Vögel fangen könnte. Sie tut es auch, übrigens. Diesen Monat konnte sie schon zwei Papageien dem Zoo abgeben. Und das alles bringt Geld, nicht?'

‚Dann wären Sie tatsächlich niemandem gram?'

‚Doch, ich bin böse auf Georg Dosza. Warum liess er sich damals beim ungarischen Bauernaufstand niederschlagen? Hätte er damals gesiegt, wäre die ganze ungarische Geschichte anders verlaufen, und ich hätte meine Portierstellung schon früher antreten können.'

‚Vermissen Sie Ihren Grundbesitz nicht?'

‚Wie könnte ich!' (Der Graf schlug sich vor Lachen auf den Bauch.) ‚Sie glauben nicht, wieviele schlaflose Nächte ich beim Kartenspiel hätte verbringen müssen, um den Grundbesitz loszuwerden.'

‚Und das Schloss?'

‚Die riesigen Zimmer, keine Heizung, der ewige Durchzug, mein Rheuma... reden Sie mir nur nicht davon. Kurz: Glücklich sind wir jetzt, und jetzt sind wir glücklich.' (Der Graf summte diese Aussage nach der Melodie eines populären Schlagers.)

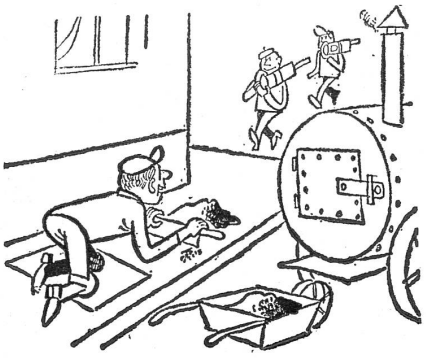
Ich muss mich verabschieden, denn vor der Portierloge wird Kollege Lajos Kovacs von der ‚Chronika' ungeduldig. Er sucht ein Interview mit dem Grafen, um zu erfahren, wie der sich mit der Volksdemokratie abgefunden hat.»

Der unterdessen zu Ende gegangene ungarische Parteitag befasste sich nicht nur mit der «Bündnispolitik» Kadars, die wie alle Postulate des Parteichefs einstimmig gutgeheissen wurde, sondern noch mit verschiedenen interessanten Themen:

Bezüglich der Aussenpolitik kam es zu einer offenen Auseinandersetzung mit den anwesenden chinesischen Beobachtern über die Kuba-Frage. (Hier, wie auch am bulgarischen Parteitag, zeigte sich, wie der sowjetisch-chinesische Zwist seine Wellen wirft. Zum «dogmatischen» Standpunkt Pekings bekennen sich nebst Albanien auch Nordkorea und Nordvietnam sowie die indonesische KP.) Intensivierte Beziehungen will Ungarn mit Jugoslawien und Oesterreich pflegen; zum ersten soll das Verhältnis von «normal» zu «freundschaftlich» gesteigert werden, zu Oesterreich von «normal» zu «gut nachbarschaftlich».

In der Planung will Kadar den gegenwärtigen sowjetischen Reformen folgen: Die Befugnisse der unmittelbar für die Produktion verantwortlichen Stellen sollen erweitert werden, die fachliche Leitung in Industrie und Landwirtschaft hat gegenüber Bürokratie erhöhtes Gewicht zu erhalten, mit der Zusammenlegung von Betrieben wird begonnen. Auch wird die «laufende Planung» eingeführt, um die Fünfjahrespläne sowohl mit den unmittelbaren Gegebenheiten als auch mit den Perspektivplänen zu verbinden.

Wie sehr die Wirtschaftsorganisation auch in Ungarn Reformen brauchen kann, zeigt unsere Karikatur. Die «höhere Planung» beim Kabellegen (erst Teeren, dann wieder aufreissen) ist als Witz ja schon nett genug; aber die ungarische Zeichnung ist auch sonst der Betrachtung wert: Die ganze Ausrüstung zur Strassenteerung hätte am letzten Samstag in Brig als historisches Gerät bei der «Docteur-Goudron-Gedenkfeier» Verwendung finden können.



«In fünf Minuten bin ich mit dem Teeren fertig. Dann habt ihr die Strasse ganz für euch zum Aufreissen und zur Kabellegung.»

Kleines Curriculum

ZIVKO (MITKOV) ZIVKOV

Neues Politbüro-Mitglied der bulgarischen KP.

Geb. 1912. Arbeitet illegal in der kommunistischen Jugendorganisation. 1948 Kandidat der kommunistischen Partei, 1949 Parteisekretär in der Provinz. 1950 bis 1951 kurze Zeit Deputierter für auswärtige Angelegenheiten. Anschliessend Delegierter für Verhandlungen bei Handelsverträgen mit dem Ausland (Moskau, SBZ, Jugoslawien, Aegypten, Syrien). 1957 bis 1958 wieder Aussenminister. Nach dem VII. Parteikongress wurde Zivkov Minister für Erziehung und Kultur. 1959 arbeitet Zivkov wieder auf dem wirtschaftlichen Sektor und wird stellvertretender Ministerpräsident. Im Februar 1960 führt er eine Handelsdelegation nach Warschau, im Juli des gleichen Jahres unterschreibt er einen langfristigen Handelsvertrag mit Rumänien. Im Juli 1962 wird er zum Vorsitzenden der staatlichen Planungskommission ernannt (am 18. Juli wird auch in Moskau der Posten des ständigen Vertreters des Ministerrates der UdSSR bei dem RGW [COMECON] durch Wladimir Nowikow [KB Nr. 41 vom 10. Okt. 1962] neu besetzt). Zivkov ersetzt auf diesem Posten Stanko Todorov, der seit Dezember 1959 Vorsitzender der staatlichen Planungskommission war (KB Nr. 50 vom 20. Dez. 1961).

Partei

Bulgarien

Nach dem Kongress

Der VIII. Parteikongress der Bulgarischen Kommunisten hatte in mehr als einer Hinsicht besonderes zu bieten:

— Er stand im Zeichen einer abschliessenden Parteisäuberung im Sinne der Entstalinisierung. Sieben Mitglieder des Zentralkomitees fielen ihr zum Opfer, in erster Linie der politisch schon zuvor kaltgestellte ehemalige Diktator Tscherwenkoff (der auch aus der KP ausgeschlossen wurde) und der Ministerpräsident Anton Jugoff. Aus dem Politbüro entfernt wurden neben Jugoff noch Georgi Zankoff und Rajko Damjanoff, wogegen Boris Weltscheff und Schiwko Schiwkoff neu hinzu kamen. Parteichef Todor Schiwkoff baute seine Stellung eher auf.

— Er stand im Zeichen von Reorganisationen im Soge der sowjetischen Aenderungen. Eine zentrale Revisionskommission mit 25 Mitgliedern wurde neu gebildet.